Stadtverordnetenversammlung

STADT KASSEL

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

documenta-Stadt

Kassel, 13.09.2007

Niederschrift

über die 13. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am Mittwoch, 12.09.2007, 17.00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

1.	Familienhebamme/Begrüßungspaket für Kasseler Neugeborene	101.16.608
2.	Kommunaler Bildungsfond für Chancengleichheit	101.16.609
3.	Schwerbehinderte Menschen in der Stadt Kassel	101.16.625
4.	Einführung von Alt und Jung-Spielplätzen	101.16.628
5.	Bewerbung Mini-Spielfelder	101.16.657

Vorsitzende Diederich eröffnet die mit der Einladung vom 04.09.2007 ordnungsgemäß einberufene 13. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 2, Kommunaler Bildungsfond für Chancengleichheit, Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG, 101.16.609, wird auf Antrag von Stadtverordneten Dr. Schnell von der Tagesordnung abgesetzt, da noch kein Votum des Jugendhilfeausschusses vorliegt.

Stadtverordnete van den Hövel, B90/Grüne, beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne betr. Bewerbung Mini-Spielfelder,101.16.657.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst gemäß § 10 (6) GO der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: ---
Enthaltung: ---
den

Beschluss

Die Tagesordnung wird erweitert um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne betr. Bewerbung Mini-Spielfelder, 101.16.657.

(Aufruf als TOP 5)

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung liegen nicht vor und Vorsitzende Diederich stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Familienhebamme/Begrüßungspaket für Kasseler Neugeborene
Antrag der FDP-Fraktion
- 101.16.608 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass das Konzept zum Einsatz von Familienhebammen, gemeinsam mit dem Diakonischen Werk weiterentwickelt wird.

Jedem Kasseler Neugeborenen und seinen Eltern wird ein Begrüßungspaket im Namen der Stadt Kassel überreicht. Neben einem kleinen Präsent, das in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft finanziert werden soll, enthält dieses Paket Broschüren für Eltern zu Fragen der Kindeserziehung und einen Gutschein für eine Elternkompetenzberatung in den entstehenden Elternkompetenzzentren.
Langfristig erhalten alle Familien, in denen ein Kind neu geboren wurde, das Begrüßungspaket. Es findet keine Begrenzung auf Risikofamilien statt.

Stadtverordneter Lippert begründet den Antrag der FDP-Fraktion.
Herr Strutwolf, Leiter des Jugendamtes, gibt einen kurzen Bericht und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Stadtverordnete Lipschik bringt folgenden Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne ein:

- **Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass das Konzept zum Einsatz von Familienhebammen, gemeinsam mit dem Diakonischen Werk weiterentwickelt wird.

Jedem Kasseler Neugeborenen und seinen Eltern wird ein Begrüßungspaket im Namen der Stadt Kassel überreicht. Neben einem kleinen Präsent, das in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft finanziert werden soll, enthält dieses Paket Broschüren für Eltern zu Fragen der Kindeserziehung und einen Gutschein für eine Elternkompetenzberatung in den entstehenden Elternkompetenzzentren.
Das Begrüßungspaket soll ein Baustein eines zu erstellenden Präventionskonzeptes werden. Eine Kooperation aus Gesundheitsamt, Schule, Jugendamt, Polizei, Kliniken und freien Trägern bildet ein Hilfekonzept für junge Familien.
Langfristig erhalten alle Familien, in denen ein Kind neu geboren wurde, das Begrüßungspaket. Es findet keine Begrenzung auf Risikofamilien statt.
Vor Umsetzung des Konzeptes soll dieses im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und diskutiert werden.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: ---
Enthaltung: ---
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne zum Antrag der FDP-Fraktion betr. Familienhebamme/Begrüßungspaket für Kasseler Neugeborene, 101.16.608, wird **zugestimmt**.

- **Durch Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne geänderter Antrag der FDP-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass das Konzept zum Einsatz von Familienhebammen, gemeinsam mit dem Diakonischen Werk weiterentwickelt wird.

Jedem Kasseler Neugeborenen und seinen Eltern wird ein Begrüßungspaket im Namen der Stadt Kassel überreicht. Neben einem kleinen Präsent, das in Zusammenarbeit mit der örtlichen Wirtschaft finanziert werden soll, enthält dieses Paket Broschüren für Eltern zu Fragen der Kindeserziehung und einen

Gutschein für eine Elternkompetenzberatung in den entstehenden Elternkompetenzzentren.
Das Begrüßungspaket soll ein Baustein eines zu erstellenden Präventionskonzeptes werden. Eine Kooperation aus Gesundheitsamt, Schule, Jugendamt, Polizei, Kliniken und freien Trägern bildet ein Hilfekonzept für junge Familien.
Langfristig erhalten alle Familien, in denen ein Kind neu geboren wurde, das Begrüßungspaket. Es findet keine Begrenzung auf Risikofamilien statt.
Vor Umsetzung des Konzeptes soll dieses im Jugendhilfeausschuss vorgestellt und diskutiert werden.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: ---
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne geänderten Antrag der FDP-Fraktion betr. Familienhebamme/Begrüßungspaket für Kasseler Neugeborene, 101.16.608, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Decker

2. Kommunaler Bildungsfond für Chancengleichheit
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.609 -

Abgesetzt.

3. Schwerbehinderte Menschen in der Stadt Kassel
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.16.625 -

Anfrage

Im Landkreis Kassel ist die Zahl der schwerbehinderten Menschen leicht angestiegen auf 23.046 am Jahresende 2006 (so zu lesen in einem Artikel der HNA vom 19.05.07).

1. Gibt es entsprechende Auswertungen für den Bereich der Stadt Kassel?

2. Wie viele schwerbehinderte oder gleichgestellte behinderte Menschen sind bei der AFK gemeldet und wie ist die Altersstruktur und der Anteil der Frauen/ Männer?

3. Welche Anzahl an Vermittlungen erfolgte im I. Halbjahr 2007 aus diesem Personenkreis und erfordert diese ggf. besondere Instrumente vor dem Hintergrund evtl. multipler Vermittlungshemmnisse oder Arbeitgebervorbehalte?

Stadtkämmerer Dr. Barthel und Herr Ruchhöft, Leiter des Sozialamtes, beantworten die Anfrage der SPD-Fraktion. Die schriftliche Antwort ist dieser Niederschrift beigefügt.

Die Anfrage ist durch Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet.

4. Einführung von Alt und Jung-Spielplätzen
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.628 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, eine Konzeption zur Einrichtung generationsübergreifender Alt und Jung-Spielplätze zu erarbeiten. Dabei ist Folgendes in die Überlegung einzubeziehen:

- Die Ausstattung sowohl mit Kinderspielgeräten als auch seniorengerechten Freizeit- und Fitnessgeräten (z.B. Boule, Balancierbalken) und Sitzbänken.

- Die modellhafte Einführung zunächst eines Alt und Jungspielplatzes zur Auswertung der Erfahrungen und Annahme dieses Angebots durch entsprechende Umrüstung des Spielplatzes am Standort Ahnabreite.

Stadtverordneter Bathon begründet den Antrag der CDU-Fraktion.

Nach eingehender Diskussion ändert die CDU-Fraktion ihren Antrag wie folgt:

➢ **Geänderter Antrag der CDU-Fraktion**
Einführung von *Spiel- und Freizeitplätzen*

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, eine Konzeption zur Einrichtung generationsübergreifender **Spiel- und Freizeitplätze** zu erarbeiten. Dabei ist Folgendes in die Überlegung einzubeziehen:

- Die Ausstattung sowohl mit Kinderspielgeräten als auch seniorengerechten Freizeit- und Fitnessgeräten (z.B. Boule, Balancierbalken) und Sitzbänken.

- Die modellhafte Einführung zunächst eines **Spiel- und Freizeitplatzes** zur Auswertung der Erfahrungen und Annahme dieses Angebots durch entsprechende Umrüstung **eines Spiel- und Freizeitplatzes an einem noch festzulegenden Standort**.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: ---
Enthaltung: ---
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Einführung von *Spiel- und Freizeitplätzen*, 101.16.628, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bathon

5. Bewerbung Mini-Spielfelder
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und Grüne
- 101.16.657 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, alle notwendigen Schritte für eine Bewerbung beim DFB-Projekt „Mini-Spielfelder" zu prüfen und Schulen, Schulträger oder Sportvereine aktiv bei der Bewerbung zu unterstützen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: ---
Enthaltung: ---
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne betr. Bewerbung Mini-Spielfelder, 101.16.657, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Lipschik

Ende der Sitzung: 17.45 Uhr

Hannelore Diederich
Vorsitzende

Bärbel Seitz
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 13. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales,
Gesundheit und Sport am
Mittwoch, 12.09.2007, 17.00 Uhr
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Hannelore Diederich, SPD Vorsitzende	Diederich
Michael Bathon, CDU 1. Stellvertretender Vorsitzender	M.
Anja Lipschik, Grüne 2. Stellvertretende Vorsitzende	
Wolfgang Decker, SPD Mitglied	
Petra Friedrich, SPD Mitglied	Petra Friedrich (Dr. R. Alekozai, Vertretung)
Heidi Reimann, SPD Mitglied	M. Junker-John i. Vert.
Dr. Günther Schnell, SPD Mitglied	Günther Schnell
Sandra Rudolph, CDU Mitglied	iV. w. Stählin-Dittmann
Lutz Schmidt, CDU Mitglied	Dr. Maik Behschad
Donald Strube, CDU Mitglied	Donald
Karl Schöberl, Grüne Mitglied	i. V.
Ann-Christin Schomburg, Kasseler Linke.ASG Mitglied	A. Schomburg
André Lippert, FDP Mitglied	A. Lippert

Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG Stadtverordneter	
Nuray Yildirim, AUF Kassel Stadtverordnete	
Kadri Eroglu, Vertreter des Ausländerbeirates	entschuldigt

Magistrat

Bertram Hilgen, SPD Oberbürgermeister	entschuldigt
Dr. Jürgen Barthel, SPD Stadtkämmerer	

Schriftführung

Bärbel Seitz, Schriftführerin	B. Seitz

Verwaltung/Gäste

Buchhöft	- 50 -
Manfred Paul	Seniorenbeirat
Parshenko, Svetlana	Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.
B. [illegible]	- 51 -

Anlage zu TOP 3

ARBEITSFÖRDERUNG KASSEL STADT GMBH

[redacted]

10.09.2007

Anfrage der Fraktion der SPD vom 13.08.2007

Die Fragen aus der o. g. Anfrage werden im Einzelnen wie folgt beantwortet:

1. Es gibt Auswertungen zur Anzahl der von der AFK betreuten schwerbehinderten Personen, allerdings ohne Unterscheidung nach dem Grad der Behinderung (GdB; Datenquelle VerBIS). Weiterhin ist seit Juli 2007 eine Auswertung der Anzahl der integrierten schwerbehinderten und gleichgestellten Personen möglich (Datenquelle S2S-Cockpit).

2. Mit Stand 06.09.2007 werden von der AFK 909 Personen mit Schwerbehinderung, Gleichstellung und vorliegender Zusicherung betreut.

Altersstruktur	Weiblich	Männlich
15 – 24 Jahre	12	11
25 – 49 Jahre	190	261
50 – 64 Jahre	166	269

3. Im 1. Halbjahr 2007 wurden 37 Schwerbehinderte, davon 27 anerkannt und 10 gleichgestellt integriert. Der Anteil der Integrationen dieses Personenkreises an allen Integrationen betrug 2,3 %.
   Es gibt keine spezifischen Angebote ausschließlich für schwerbehinderte Menschen zur beruflichen/fachlichen Qualifizierung. Die besonderen Bedürfnisse dieser Zielgruppe werden bei den einzelnen Fördermaßnahmen individuell – ggf. in Absprache mit den Trägern der Maßnahmen - berücksichtigt.
   Die AFK hat den regionalen Integrationsfachdienst (IFD) für Menschen mit Behinderungen mit der Integration, Qualifizierung und Vermittlung von schwerbehinderten Langzeitarbeitslosen beauftragt. Der IFD organisiert die Integration individuell am Bedarf und den Möglichkeiten orientiert und unter Einbeziehung der Interessen des Kunden.

Mit freundlichen Grüßen

Ruchhöft
Geschäftsführer